

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

120-Tage-Programm

„Den Aufbruch organisieren“ – so überschreiben die neuen Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping und Bernd Riexinger, ihr Vorhaben bis Ende September 2012. Der Göttinger Parteitag Anfang Juni dieses Jahres hatte schon im Vorfeld des Ereignisses und auch auf dem Parteitag selbst deutlich gezeigt, dass DIE LINKE vor großen Aufgaben steht, diese auch lösen kann, wenn sie in zwischen aufgetretene Defizite abbaut. Daraus entstand das 120-Tage-Programm mit vier Schwerpunkten, die Katja Kipping in der ersten Ausgabe der neuen Mitgliederzeitschrift „die linke!“ wie folgt benennt:

„Die Kunst des Zuhörens pflegen und eine breite innerparteiliche Debatte anstoßen, DIE LINKE als Schutzfaktor gegen Prekarisierung und Stress am Arbeitsplatz positionieren, eine Offensive für das Öffentliche starten, gegen den Fiskalpakt kämpfen und für die Umverteilung.“

Die „Kunst des Zuhörens“ beinhaltet, voneinander zu lernen, zum Mitmachen einzuladen, Erfahrungen auf allen Ebenen auszutauschen und für das Bundestagswahlprogramm und die Wahlstrategie zu nutzen. Dazu sollen die verschiedensten Kommu-

nikationsmöglichkeiten genutzt werden. Wie gut das Vorhaben gelingt, hängt davon ab, wie sich jeder Genosse mit seinen Ideen ins große Ganze einbringt.

„DIE LINKE – Schutzfaktor gegen Prekarisierung (Verarmung – d. V.) und Stress am Arbeitsplatz“

Diese Aufgabe ergibt sich, weil fast jeder vierte Beschäftigte in der BRD zu Niedriglöhnen arbeitet. 1,4 Millionen Menschen erhalten einen Stundenlohn unter fünf Euro. Die Millionäre haben so viel Vermögen, wie die BRD Schulden hat: 2,2 Billionen Euro. Die Vermögensschere geht immer weiter auseinander. Also kämpft DIE LINKE weiter um Mindestlöhne, von denen man leben kann.

„Aufklären und Widersetzen: Fiskalpakt ist eine Zwangsjacke für die Demokratie und eine Bremse für Investitionen ...“

DIE LINKE klagt beim Bundesverfassungsgericht gegen den Fiskalpakt. Als Ursache für die Finanzkrise nennt das Programm die „Unterregulierung der Finanzmärkte, Ungleichgewichte in der Außenhandelsbilanz und Ungleichgewichte in der Einkom-

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

„Wirklich zu leben ist das Kostbarste auf der Welt, die meisten Menschen existieren bloß, sonst nichts.“

Oscar Wilde

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

mensverteilung“. Also kann nur eine Umverteilung von oben nach unten helfen. Über diese Sachverhalte herrscht noch viel Unklarheit bei den Bürgern – deshalb ist Aufklärung nötig, auch über die Vermögensbesteuerung.

Da Privatisierung öffentlichen Eigentums immer „Diebstahl“ des-



Ingrid Köbke

selben ist, setzt DIE LINKE „Eine Offensive für das Öffentliche“ dem entgegen. Schließlich ist im 21. Jahrhundert „... die soziale Frage mit einem individuellen Recht des Menschen auf Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben ...“ verbunden. Es gilt, kommunales Eigentum (z. B. Stadtwerke, Krankenhäuser) zu erhalten bzw. zurückzugewinnen und genossenschaftliches Wohneigentum zu unterstützen.

Letzteres gilt besonders im Jahr der Genossenschaften und wird mit dem Projekt „FAIRWOHNEN“ schon angestrebt. DIE LINKE hat nicht nur Ideen, sie bietet auch praktische Lösungen.

An diesen vier Schwerpunkten will sich der Bundesvorstand nach 120 Tagen messen lassen. Das Vorhaben kann nur gelingen, wenn alle Mitglieder mit dem Bundesvorstand an einem Strang ziehen.

Also: „Den Aufbruch organisieren.“

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Gesamtmitgliederversammlung in Luckenwalde

Zur turnusmäßigen Zusammenkunft trafen sich die LINKEN in ihrem Traditionslokal, der Luckenwalder Gaststätte „Eckbusch“ in der gleichnamigen Kleingartenanlage, um dieses Mal den zurückliegenden Parteitag in Göttingen Revue passieren zu lassen.

Darum gebeten hatte man Felix Thier, der Anfang Juni an der zweitägigen Beratung des 3. Parteitages der LINKEN teilgenommen hatte. In seinen Ausführungen machte Felix Thier deutlich, was im Vorfeld des Parteitages schon alles geschehen ist, mit welcher Ausgangssituation in Bezug auf Kandidaturen sich die Delegierten konfrontiert sahen und auch, welche Zuspitzung es bis zum Beginn des Parteitages schon gegeben hatte. Besonders die Schlüsselsituation bei der Vorstandswahl und auch die beiden Reden von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine wurden von Genosse Thier intensiv reflektiert und auch mit persönlichen Eindrücken versehen. Trotz der doch negativen Ausgangslage wurde von ihm aufgezeigt, dass bereits auf dem Parteitag ein erstes Umdenken und auch versöhnliche Töne zwischen den einzelnen Strömungen an den Tag gelegt wurden. Man hatte sich offenbar die kritischen und mahnenden Worte in zahlreichen Wortbeiträgen und auch besonders stark von der Parteibasis zu Herzen genommen. Allzu oft wurden in der Vergangenheit die Interessen einzelner Strömun-

gen und die Befindlichkeiten von wenigen in den Vordergrund gerückt, anstatt sich auf das zu konzentrieren, wofür wir als LINKE eigentlich da sind und damals mit dem entsprechenden Slogan auch gewählt wurden: „Für eine neue soziale Idee!“ Der neue Vorstand, der sich nun durch die Wahlen auf dem Parteitag zusammengefunden hat, hat bereits die Arbeit aufgenommen und konstruktiv und vor allem miteinander das Gespräch gesucht. Wie versprochen sind auch schon die ersten Beratungen mit den Landesverbänden und der Parteibasis angelaufen.

Fortschreitend in der Tagesordnung bedankte sich im Namen des Stadtvorstandes Hartmut Ukrow bei den vielen Helfern des Familienfestes am 1. Mai und griff nochmals die Worte unseres diesjährigen Ehrengastes, Justizminister Schöneburg auf, der betont hatte, dass Luckenwalde am 1. Mai den Vergleich zu den Feierlichkeiten in Potsdam nicht zu scheuen brauche. Weitere Punkte waren neben den aktuellen Themen der Bundes- und Landespolitik auch jene im Landkreis – unsere Kooperationsbeteiligung und direkt auf die Stadt bezogen der Bürgerhaushalt und die damit einhergehende Bürgerbeteiligung. Neben einer Information zum Stand um die Kleingärten vs. Industriegebiet gab man anstehende Termine für kommende Veranstaltungen bekannt, die zeitnah hier veröffentlicht werden.

Felix Thier, Luckenwalde

Plädoyer für Euro

Mit dem Fiskalpakt schnürt die Bundesregierung das nächste radikale Sparpaket für die Menschen in Europa und mit dem ESM das nächste milliardenschwere Hilfspaket für die Banken – somit für die Verursacher der Krise. Doch damit nicht genug: Der Fiskalpakt und der neue Eurorettungsschirm greifen in die Rechte der nationalen Parlamente bei

der Haushaltsplanung ein. Auch die Bevölkerung, die sie wählt, wird entmündigt. Deshalb ist DIE LINKE vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Die Richter prüfen die Beschwerden. Es ist an der Zeit, Alternativen für ein gemeinsames, menschliches Europa zu diskutieren.

*Fraktion DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag*

Zwischenbilanz

der ersten linken Bürgermeisterin im Kreis Teltow-Fläming

Nach zweieinhalb Jahren im Amt der Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal für DIE LINKE sprach Ingrid Köbke mit Monika Nestler.

I. Köbke: *Wodurch war diese Zeit vor allem bestimmt?*

M. Nestler: Für die Gemeinde Nuthe-Urstromtal ergaben sich durch die Umstellung des Haushaltes auf die Doppik neue finanzielle Bedingungen. Wir mussten mit einem Haushalts-Minus planen und wirtschaften, weil andere Berechnungsgrundlagen galten.

Zweitens galt unser Augenmerk der Unterstützung ortsansässiger Betriebe. Wir schaffen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Betriebserweiterungen. Das versuchen wir so unbürokratisch wie möglich zu leisten. Auch die Dauer der Vorgänge soll möglichst kurz sein.

Drittens mussten wir auf die Veränderungen reagieren, die durch Bundes- und Landespolitik bei alternativen Energien vorgenommen worden waren.

Viertens habe ich ein anderes Verhältnis zu den Mitarbeitern der Verwaltung aufgebaut – Vertrauen in die Persönlichkeit jedes einzelnen hat zu einer positiven Entwicklung der Verwaltung geführt. Die Mitarbeiter fühlen sich mehr gefordert, also geachtet.

I. Köbke: *Inwiefern triffst Du andere Entscheidungen als Dein Vorgänger bzw. andere Bürgermeister?*

M. Nestler: Die Entscheidungsfindung verläuft anders. Entsprechend ihrer Verantwortlichkeit werden die Mitarbeiter mit einbezogen, die Pro-

bleme werden in den Fachgremien diskutiert.

Meine Entscheidungen sind oft Kompromisse zwischen meiner ursprünglichen Vorstellung und den Gedanken der Mitarbeiter. Das Wohl der



Monika Nestler

Gemeinde ist dabei entscheidend.

Ich vermittele mehr Transparenz bei Entscheidungen, nicht ich als Bürgermeisterin stehe im Mittelpunkt, sondern das „Wir“.

Gute Dienste haben die Qualifizierungen der Mitarbeiter bei themenorientierten Seminaren geleistet.

I. Köbke: *Welche Vorstellungen von Deiner Arbeit musstest Du korrigieren?*

M. Nestler: Ich habe Repräsentationsaufgaben einer Bürgermeisterin unterschätzt. Das Bau- und Planungsamt kann ich nicht noch „nebenbei“ leiten. Diese Erkenntnis führte zu einer organisatorischen Veränderung in der Verwaltung.

I. Köbke: *Wie bereitet die Gemeinde Nuthe-Urstromtal ihr 20-jähriges Bestehen im Jahre 2013 vor?*

M. Nestler: Am 01. Juli 1992 war das Amt Nuthe-Urstromtal gebildet worden. Seit dem 05. Dezember 1993 sind wir die Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Anlässlich dieses Jubiläums wird ein Film gedreht, in dem sich die Bürger aller Dörfer wiederfinden, wie sie sich mit ihrer Gemeinde identifizieren. Die Schönheit von Nuthe-Urstromtal soll der Film natürlich auch zeigen.

Am 30. August 2013 wird es den Jahresempfang der Gemeinde geben, eine Festsitzung. Am 31. August 2013 folgt das Gemeindefest. Wir denken, dass sich jeder Ort präsentieren wird. Außerdem begehen wir im nächsten Jahr den 10. Jahrestag

der Barnack-Biennale.

Das genaue Programm bleibt noch „geheim“, ein bisschen Überraschung muss sein.

Ingrid Köbke: *Ich danke Dir für dieses Gespräch und wünsche allen Mitarbeitern eine kreative Vorbereitungsphase.*

Zur Entwicklung als Gemeinde treffen wir uns in einem Jahr zum nächsten Interview. <

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Im Süden nichts NEUES

Die Situation in der SVV Jüterbog gestaltete sich nach der Bürgermeisterwahl sehr schwierig. Wir, die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen der Stadtverordneten Jüterbog, sahen uns veranlasst, in mehreren Beratungen unsere Rolle zu klären. Das haben wir seit November 2008 zielgerichtet getan.

So mancher Leserbrief in der MAZ war gesteuert und mit „Insiderwissen“ gespickt. Die Fraktionen agieren in ungewohnter Einigkeit in der Sache, das ist ein großer Fortschritt. Nachdem Arne Raue ein erstes Gespräch mit den Abgeordneten abgelehnt hatte, hat unser Vorsitzender im Namen der Stadtverordneten ein Angebot an den Bürgermeister für ein klärendes Gespräch zu Spannungen, die unübersehbar sind, in der SVV unterbreitet. Dieses fand am 20.06.2012 statt. In einer recht offenen Atmosphäre wurden Kritiken und Gedanken ausgetauscht.

Besonderen Wert legten wir auf die Feststellung, dass die Stadtverordnetenversammlung erstens der Dienstvorgesetzte des Bürgermeisters ist und nicht umgedreht und die SVV nach der Kommunalverfassung als Selbstverwaltungsorgan Teil der Verwaltung ist. Es gab ein weiteres Gespräch aller Fraktionsvorsitzenden bei der Kommunalaufsicht, in dem vor allem rechtliche Fragen diskutiert wurden. Es wurde deutlich, dass sowohl Verwaltung als auch die SVV und der Bürgermeister Defizite unterschiedlichster Art im Umgang mit der Kommunalverfassung haben.

Was immer wieder hochkommt ist die Tatsache, dass ich dem Hauptausschuss vorsitze. Darauf hat der

Stadtverordnetenvorsitzende, Peter Anders, jetzt doch öffentlich reagiert, weil er einem Bürger in der SVV das Wort verbieten musste:

„Jawohl Herr Friedrich Niendorf, wir leben in einer Demokratie. Und eben aus diesem Grunde wurde die Wahl für den Hauptausschuss ordentlich und demokratisch vorgenommen und zwar mit dem Ergebnis, dass Maritta Böttcher gewählt wurde. Es gab drei Kandidaten: Maritta Böttcher, Falk Kubitzka und Arne Raue. Die beiden Männer erhielten jeder nur eine Stimme. Alle vertretenen Parteien haben eben ihre eigene Wahl getroffen und damit wurde Maritta Böttcher mehrheitlich gewählt. Bereits in der vergangenen Wahlperiode waren Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung Jüterbog der Meinung, den Hauptausschuss von einem Abgeordneten leiten zu lassen. Diese Wahl ging demokratisch zu Gunsten des damaligen Bürgermeisters Bernd Rüdiger aus, was von allen Abgeordneten auch akzeptiert wurde. Ich weiß gar nicht, was Sie eigentlich wollen, dass Sie unaufhörlich auf die gewählten Volksvertreter Ihre unsachlichen Beiträge loslassen. Eine Frage: Was haben Sie eigentlich seit 1989 für Jüterbog getan?

Diskriminierende Zeitungsartikel scheinen Ihr Beitrag zu sein. Ihren Frust sollten Sie anderswo auslassen. Keiner kann dafür, dass Sie Ihre Ziele nicht erreicht haben.

Müssen Sie immer jemanden haben, dem Sie die Schuld für nicht erfüllte Wünsche geben?

Ich würde Ihnen vorschlagen, arbeiten Sie ehrenamtlich und aktiv in einem der vielen Verbände, die es in Jüterbog gibt. Vielleicht wäre dann der Rest Ihres Daseins auch für Sie



Jüterbog



weniger hasserfüllt.

Eine Bemerkung zum Schluss: In der Stadtverordnetenversammlung können Bürger keine Anträge stellen. Dieses Recht haben allein die Abgeordneten und der Bürgermeister. Ihre Anfrage stellten Sie aber bereits zum wiederholten Male und ich habe sie auch jedes Mal beantwortet, so dass ich sie nicht erneut zulassen konnte.“

Jetzt sind erst einmal alle im Urlaub und wir werden weiter unsere Arbeit machen!

Maritta Böttcher

Mitglieder der Linksfraktion in der SVV Jüterbog:

Maritta Böttcher, Vors.
Peter Anders
Petra Haase
Michael Maurer
Eberhard Podzuweit
Anton Gorisek

DIE LINKE.

Kreisvorstandsberatung und Bundesparteitagsauswertung

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Teltow-Fläming traf sich mit der interessierten Parteibasis am 25. Juni 2012 zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung im Luckenwalder Kreishaus. Hauptthema war der Bundesparteitag in Göttingen. Der Saal war mit rund 50 Genossen auch gut gefüllt. Als Gast wurde der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Stefan Ludwig, begrüßt.

Er berichtete von der Anspannung und emotionalen Zuspitzung auf dem Parteitag und im Vorfeld dazu und stellte für sich selbst die Rede von Gregor Gysi als emotionalen Höhepunkt heraus. Stefan Ludwig unterstrich die Worte Gysis und griff einen wichtigen Satz auf: „Ohne DIE LINKE wäre ein Sigmar Gabriel von der SPD der Linksaußen der Republik!“ Das könne und darf man auch nicht ernsthaft als Linker wollen. Als Wendepunkt nahm Ludwig die Nacht zum zweiten Tagungstag wahr. Lager und Strömungen seien nicht mehr erkennbar gewesen, auch Ost und West schienen nun bei den Wahlen untergeordnete Rollen zu spielen.

Damit war die Chance für einen Neubeginn gegeben und mit dem neuen Vorstand ist die Tür auch wieder offen – es liegt jedoch Arbeit vor uns. Wahlen müssen vorbereitet und auch wieder gewonnen werden. Ein Zeichen dafür ist das vorgelegte 120-Tage-Programm des Vorstandes, es signalisiert Aufbruchsstimmung in Richtung Erfolg. Und dass wir den haben können, zeigt doch auch das von der Bundestagsfraktion angestoßene Genossenschaftsprojekt „TLG FAIRWOHNEN“ – hier sieht man ganz klar, wie Politik und Bürgerbeteiligung funktionieren können.

Aufbruchsstimmung – wir schaffen das!

Für Kornelia Wehlan und Alexander Fröhlich als unsere Delegierten war der Parteitag ebenfalls eindrucksvoll. Die Partei stand vor einer Zerreißprobe. Durch verschiedene

Lager, die nicht einmal 10 % der Gesamtpartei ausmachen und ohne wirklichen Rückhalt der breiten Basis sind, wurden wir an den Abgrund geführt. Zuhören, Streiten und das Miteinander müssen im Vordergrund stehen, jedoch ohne die Mentalität von „Sieger und Besiegte“. Und auch bei den Wahlen ist auf Zusammenhalt und ein breites Meinungsspektrum zu setzen. Beide bedankten sich für die zahlreiche Post der Basis mit den Situationsschilderungen und Wünschen.

Nach den Beiträgen nutzte die Basis die Gelegenheit für Nachfragen, aber auch persönliche Erklärungen. Man wollte wissen, ob Dietmar Bartsch jetzt noch bei uns mittut. Dies wurde bejaht. Er sei weiterhin ein wichtiges Mitglied der Fraktion als dortiger stellvertretender Vorsitzender, ist in den Landesverbänden gern gesehen und hat auch weiterhin bundesparteilich Gewicht, so Genosse Ludwig. Man wollte wissen, ob Fehleranalysen zur Vergangenheit stattgefunden haben, verwies auf die Zielsetzungen in unserem Parteiprogramm, fragte jedoch ebenso nach Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Auch kam Unzufriedenheit bei den Unterschieden zwischen Bundes- und Lokalpolitik zum Ausdruck. Man fragte nach dem Gestaltungsspielraum bei kommunalen Haushalten, wenn diese sich z. B. in Haushalssicherungskonzepten befänden und so freiwillige Aufgaben unmöglich werden. Dies erzeugt Frust und auch Motivationslücken. Wir müssen jedoch wieder Kante zeigen und selbstbewusst mit dem Erreichten umgehen, zeigen, was wir realisieren konnten und was es ohne uns nicht geben würde.

An dieser Stelle gilt es dafür Danke zu sagen, da mit den gegebenen Eindrücken der Parteibasis in den höheren Ebenen viel besser argumentiert werden kann.

Felix Thier, Luckewalde

Nachtrag

Es war eine interessante Sitzung, die viele Facetten der Arbeit der Partei im Kreis beleuchtete. Auf meine Aufforderung zur Unterstützung des Volksbegehrens (Kurztitel Nachtflugverbot von 22 - 06 Uhr am BER in Schönefeld), durch DIE LINKE und ein nachfolgender Antrag, dies auf der nächsten Kreisvorstandssitzung zu behandeln, trat von Kornelia Wehlan eine ablehnende Haltung zu Tage. Der Argumentation, erst Beschlüsse von der Bundes- und Landesebene herbeizuführen und dann im Kreis zu entscheiden, möchte ich als auch die übergroße Mehrheit der Genossinnen und Genossen aus Blankenfelde-Mahlow so nicht folgen. Die Zeit drängt. 80.000 Unterschriften in den Gemeindeverwaltungen und Rathäusern oder über „Briefwahl“ zu sammeln ist eine hohe Messlatte.

Die Unterstützung dazu muss auf eine breite Basis gestellt werden. Wenn DIE LINKE im Kreis und auch im Land Brandenburg das Volksbegehren nicht aktiv unterstützt, so sehe ich das als einen großen Fehler an. Taktische Spielchen auf Kosten der Betroffenen und insbesondere den unmittelbar Betroffenen in Blankenfelde-Mahlow, indem man auf ein grundsätzliches bundesweites Nachtflugverbot oder gar ein EU-weites Nachtflugverbot hinarbeiten will, sind auch unter dem Blickwinkel künftiger Wahlen fehl am Platz.

Der Aufruf für die Unterstützung des Volksbegehrens wird auch entgegen anders lautender Aussage von der Piratenpartei, dem NABU, dem BUND, der Grünen Liga u.a. durch Aufruf zur Beteiligung unterstützt. Einen Aufruf und die dazugehörige Unterstützung erwarten die Genossinnen und Genossen aus dem Nordteil des Kreises von der Partei DIE LINKE. Nicht erst in drei Monaten, sondern kurzfristig.

*Siegfried Günther,
Blankenfelde-Mahlow*

Notizen aus dem Karl-Liebkecht-Haus

von Maritta Böttcher

Merkels Politikstil in der Krise ist autistisch

Auf seiner Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebkecht-Haus kritisierte der Bundesgeschäftsführer, Matthias Höhn, die Krisenpolitik der Bundeskanzlerin bei der Finanzmarktkrise. Ihr Beharren auf dem Standpunkt „Solidarität nur gegen Eigenleistung“ trübe in den Krisenländern vor allem diejenigen hart, die keine Schuld an der Krise haben.

Sie ist der Aufforderung des Bundespräsidenten, ihre Krisenpolitik genauer zu erklären, nicht gefolgt. Die Krise trifft in diesen Ländern besonders diejenigen, die nicht daran schuld sind, aber jetzt die Lasten zu tragen haben. Was wir brauchen, ist mehr Zeit in der Krisenbewältigung. Wir brauchen mehr Verstehen und wirkliche Solidarität statt Daumenschrauben anzuziehen.

DIE LINKE wird im Bundestag dem Hilfspaket, das mit weiterem massiven Sozialabbau verbunden ist, nicht zustimmen. Wir wollen stattdessen ein Zeichen der Solidarität setzen und mit der Vereinigten Linken Spaniens eine gemeinsame Erklärung veröffentlichen, die sich dagegen wendet, dass die Hilfen - auch im Fall von Spanien wieder nur den Reichen zugutekommen. Wir, DIE LINKE in Deutschland und die Vereinigte Linke in Spanien, wollen Banken im öffentlichen Eigentum, ohne Spekulationen und unter öffentlicher Kontrolle. Uns geht es um die Sicherung der sozialen Basis, also sichere Renten und ausreichende Beschäftigung und natürlich mehr Demokratie.

Verfassungsschutz

Was wir hier erleben, hat ein Ausmaß an Vertuschung, Schlamperei und auch Versäumnissen erreicht, das kaum noch fassbar und zu beschreiben ist und was dennoch weitgehend

ohne strukturelle Konsequenzen bleibt. Die Äußerungen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz machen noch einmal deutlich, dass hier auch offensichtlich politisch motiviert geschreddert worden ist. Die Rücktritte und Absetzungen, die es gegeben hat, sind ohne Frage zu begrüßen. Allerdings reichen sie nun bei Weitem nicht aus. Für DIE LINKE ist die Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes klar und in der Partei auch Konsens. Wer glaubt, dass wir die Probleme, die wir derzeit erleben, mit kleinen Reförmchen lösen können, täuscht sich.

Waffenexporte

Was in Syrien passiert, kann niemanden kaltlassen - die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit täglich Hunderten Toten, das ist unfassbar. Eine Konsequenz mit Blick auf Syrien und natürlich auch andere Krisenregionen in der Welt wäre ein striktes Verbot von Waffenlieferungen. Deutschland sollte und muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir erleben genau das Gegenteil: Am vergangenen Wochenende begann eine Diskussion über Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien und Indonesien in Zusammenhang mit der FDP-Forderung nach Aufweichen der Waffenexportrichtlinien. Der FDP-Chef Rösler hat vor längerer Zeit einmal angekündigt, liefern zu wollen. Wir wissen jetzt, worum es ging, offensichtlich ging es um derlei Lieferungen in die ganze Welt. Unsere Sorge ist, dass das eine Politik der schmutzigen Hände am Ende ist.

Bewegungsratschlag

Die beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, haben einen „Bewegungsratschlag“ durchgeführt. Sie haben sich mit Vertretern von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung



getroffen. Es gab eine Verständigung über die gegenwärtige Situation in der Gesellschaft und Gespräche über die Erwartungshaltung der Verbände und sozialen Bewegungen an unsere Partei. Wir sind uns einig, dass wir diese Gespräche fortsetzen wollen. Es wird ein weiteres Treffen Ende September geben.

Wir haben auch nochmals festgestellt, dass es mindestens in drei Punkten Übereinstimmung gibt, bei aller Akzentuierung im Detail. Einmal die Forderung nach einem gerechten Lastenausgleich, der Reiche und Wohlhabende zur Finanzierung der Kosten der Krise heranzieht, die Auseinandersetzung um das öffentliche Eigentum und um mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung und die soziale Frage als Mittelpunkt unserer Politik. Wir werden den Aufruf des Bündnisses „UmFairteilen-Reichtum besteuern“ unterstützen und für den 29. September für den bundesweiten Aktionstag mobilisieren. <

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe.
Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag.
Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Wer kennt die ROTE HILFE?

Ich wurde im Jahre 1993 Mitglied der Roten Hilfe. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir in unsere Basisorganisation Vertreter der Berliner Leitung der Organisation eingeladen.

Sie hatten damals ihre Arbeit umgestellt und warben nun für den Eintritt im „Beitrittsgebiet“. Scherzhafterweise sagte ich immer, die Rote Hilfe sei der beste Westimport, den ich kenne. Im Laufe der Jahre war ich zweimal Gast der Bundeskonferenz in Straußberg (Kyffhäuserkreis). In der Stadt Trebbin und in den Ortsteilen bin ich leider bisher das einzige Mitglied.

Bekannt war mir die Rote Hilfe aus der Zeit ihrer Gründung in der Weimarer Republik. Sie wurde 1933 verboten.

In den siebziger Jahren wurde sie in der BRD neu gegründet. Zunächst war ihre Politik stark auf die KPD/ML ausgerichtet. Als Folge des stärkeren Ausbaus des Repressionsapparates in den achtziger Jahren vergrößerte sich ihr Einflussbereich und sie wurde zu einer parteiübergreifenden linken Hilfsorganisation.

Die Rote Hilfe bereitet sich momentan auf die nächste Bundeskonferenz vom 14. bis 16. September 2012 vor und sie hat 5972 Mitglieder. Mit ihrer Arbeit greift sie in die aktuelle Politik ein und legt Rechenschaft über die Verteidigung politischer Gefangener ab.

In der Aprilausgabe ihrer Zeitschrift findet man einen Artikel von Ulla Jelpke, Mitglied der LINKEN und Abgeordnete des Bundestages. Sie schreibt: „ Ab 1950 wurden das Bundesamt und die 16 Landesämter für Verfassungsschutz geschaffen.

Dabei griff der Geheimdienst auch auf Angehörige der SS sowie auf Offiziere der Gestapo und des Sicherheitsdienstes zurück, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Man wollte auf die Erfahrungen nicht verzichten. Mit den Erfahrungen war die Bekämpfung des Kommunismus

gemeint. Entsprechend spielten die Dossiers des Geheimdienstes eine wichtige Rolle beim Verbot der KPD im Jahre 1956. Ebenso bespitzelten Verfassungsschützer die Friedensbewegung und die Studentenbewegung 1968 sowie heute die Partei DIE LINKE.“ In der gleichen Ausgabe äußert das Redaktionskollektiv folgende Meinung: „Wann, wenn nicht jetzt, bietet sich die Gelegenheit sich mit der Geschichte und Funktion des Verfassungsschutzes zu beschäftigen. Im Mittelpunkt steht hier vor allem die Verwicklung des Geheimdienstes in die rassistischen Morde der NSU, deren jahrelange Deckung oder Duldung und Erklärungsversuche zu vermeintlichen oder tatsächlichen Eintrittspannen. Mit dem heutigen, uns zur Verfügung stehenden Wissen ergibt sich dabei möglicherweise abschließend die Frage, ob sich deutsche Geheimdienste gar wissentlich an die Seite mordender Faschisten gestellt haben.“

Die Rote Hilfe unterstützte u.a. Franz Josef Degenhardt. Anlässlich seines Todes veröffentlichte sie einen Nachruf. Mir war nicht bekannt, dass der engagierte Sänger auch ein promovierter Jurist war, der Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition und Mitglieder der RAF verteidigte. Degenhardt hat eine Chronik der BRD niedergelegt, die dieser nicht schmeichelt. Kurz vor seinem Tode sagte er:

„ Jeder Traum, an den ich mich verschwendet, jeder Kampf, wo ich mich nicht geschont, jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet, hat am Ende sich gelohnt. Ja, ich hab mein Schicksal längst beschlossen, als ich mich zum Widerstand entschloss.

Wenn ich singe, Freunde und Genossen, gehen unsre Träume durch mein Lied.“

In diesem Sinne:

Werdet Mitglied der Roten Hilfe!

Ulrich Wunderlich, Trebbin

LAG Senioren

Der LAG Senioren der Partei DIE LINKE. Brandenburg gehören gegenwärtig 13 Genossen aus verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg an. Sprecherin der LAG ist Genossin Elke Böckmann aus Groß Kreutz. Ihr Stellvertreter ist Gen. Dr. Horst Maiwald aus Brandenburg an der Havel. In den jeweiligen Halbjahresarbeitsplänen sind die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit unserer LAG enthalten. Das Grundanliegen besteht darin, einen aktiven Beitrag zu linker Seniorenpolitik im Land Brandenburg zu leisten. Von ausschlaggebender Bedeutung sind dabei:

- 1. Enge Kontakte zum Landesvorstand und zur Landtagsfraktion.*
- 2. Intensive Beschäftigung mit den Beschlüssen der Partei auf Bundes- und Landesebene, verbunden mit entsprechenden Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit.*
- 3. Nutzung der Kenntnisse und Erfahrungen von Experten auf den verschiedensten Gebieten für die Tätigkeit der LAG Senioren.*
- 4. Organisierung von Erfahrungsaustausch mit den Senioren-AGen, die Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Übermittlung an die Stadt- und Kreisvorstände.*

Eine echte Bereicherung unserer Arbeit ist die Teilnahme fachlich kompetenter Genossen an den Beratungen unserer LAG Senioren. So konnten wir im April 2012 Dr. Steffen Huitsch für Diskussionen zum Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches für die BRD und Dr. Wolfgang Erlebach zur Rentenproblematik gewinnen. Zu unseren weiteren Vorhaben gehören: Konsultationsgespräche mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion bis Jahresende 2012 zu den Ergebnissen und Erfahrungen linker Seniorenpolitik im Land Brandenburg sowie intensive Vorbereitung einer gemeinsamen Konferenz mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion im Jahre 2013 zu den weiteren Aufgaben bei der Realisierung linker Seniorenpolitik im Land Brandenburg.

*Otto Mehlhase,
Mitglied der LAG Senioren*

„Hungermarsch“ von Fulda nach Berlin

Um einer Petition gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln Nachdruck zu verleihen, haben sich einige Akteure von „Occupy:Occupy“ in Etappen bis 40 km auf den Weg nach Berlin gemacht. Vom 14. - 29.06. 2012 haben Blasen an den Füßen, Muskelkater, Regen und schwüle Hitze den Weg erschwert, trotzdem blieben sie ihrem Vorhaben treu. Die von der „Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)“ und von „Occupy:Occupy“ gesammelten etwa 27.000 Unterschriften wurden nach Berlin getragen und an Abgeordnete übergeben. Von 620 angeschriebenen Abgeordneten haben vier reagiert und nur zwei wollten die Petition entgegennehmen. Letztendlich konnte mit sieben Volksvertretern gesprochen werden.

Doch die Wanderer waren über die Reaktionen enttäuscht genauso wie über Medien und Öffentlichkeit. Nur ein Abgeordneter wollte eine Pressemeldung zum Thema herausgeben.

Die Bundesrepublik hat 1973 den internationalen Pakt (UN- Sozialpakt) über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Darin verpflichtet sich die Bundesrepublik, das Menschenrecht eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, zu respektieren. Stattdessen wurden kurzfristige Spekulationsgewinne gefördert. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln hat nachweislich zu steigenden Preisen und damit zu wesentlich mehr Hunger weltweit beigetragen. Im Novem-

ber 2011 haben sich 84 % der Bundesbürger laut einer Forsa-Umfrage gegen Spekulationen mit Nahrungsmitteln entschieden. Warum vertreten die Abgeordneten den erklärten Willen ihrer Auftraggeber nicht? Für Rüstung, Krieg und Bankenrettung ist doch reichlich Geld vorhanden.

Nach Aussagen von Frank Jermann, Organisator und Teilnehmer des Marsches, haben besonders christliche und linke Aktive den Marsch tatkräftig unterstützt. Im Land Brandenburg waren Jüterbog, Trebbin und Potsdam die letzten Etappen vor Berlin.

In Jüterbog wurden die Teilnehmer vom „Verein für soziale Selbstverteidigung“ herzlich empfangen. In Trebbin hat Pfarrer Wildner auf meine Nachfrage das alte Pfarrhaus zur Verfügung gestellt. Mit ihm haben wir bei Gesprächen, Grillen, Bier und einem langen Fußballabend bis Elfmeterschießen viele herzliche Gemeinsamkeiten feststellen können. Nach einem gemeinsamem Frühstück haben wir die gegen Hunger Marschierenden nach Potsdam verabschiedet. Dort hatte DIE LINKE bereitwillig für Quartier gesorgt. Es wurde dann aber doch nicht gebraucht, weil Freunde von Freunden Quartier boten.

Ich meine, solche privaten Aktivitäten sind jede Unterstützung wert, und danke allen, die dabei geholfen haben.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Bericht aus der Basis

Am 21. Juni 2012 fand in unserer Basisorganisation Mahlow eine Auswertung des 3. Parteitagess statt.

Die Genossinnen und Genossen begrüßten Alexander Fröhlich, der unseren Kreisverband in Göttingen als Delegierter mitvertrat. Er sprach über seine Gefühle, die er vor und nach dem Parteitag hatte. Erleichtert, so berichtete Alex Fröhlich dann, war er nach den zwei anstrengenden Tagen, dass es gelungen ist, eine arbeitsfähige Parteispitze zu wählen.

In der Diskussion der Genossinnen und Genossen kam zum Ausdruck, dass mit Besorgnis zur Kenntnis genommen wurde, dass das Erscheinungsbild unserer Partei in der Öffentlichkeit durch monatelange Personaldebatten sowie Anfeindungen und Grabenkämpfe sehr stark gelitten hat. Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation hoffen, dass sich jetzt unsere Partei wieder den Aufgaben widmen kann, weshalb sie von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurde.

*Detlev Schiemann
BO-Vorsitzender Mahlow*

Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier das Mühlenhaus der ehemaligen Wassermühle in Scharfenbrück. 1397 wird Scharpenbrugge urkundlich erwähnt. Der Name weist auf eine günstige Lage am Wasser hin.

Seit Alters her war die Schafzucht typisch für das Dorf. Es ist

sogar denkbar, dass sich das Bestimmungswort des Namens von „Schaf“ hergeleitet hat.

Infolge einer Erbverschreibung wurden ab 1771 Damastweber angesiedelt. Von 1792 - 1813 lebte der utopische Sozialist, Reformator und Schriftsteller Carl-Wilhelm Fröhlich in Scharfenbrück. <

Vertrauensverlust zwischen Anwohnern und Flughafen

Am 05.07.2012 fand in Blankenfelde-Mahlow im Ortsteil Blankenfelde eine Einwohnerversammlung statt, bei der Ralf Christoffers, der Brandenburger Wirtschafts- und Europaminister, zu Gast war. Trotz Regen und Gewitter fanden sich über 70 Besucher in der Grünen Passage ein, um mit dem Minister zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

Thematisch im Vordergrund standen die Energiewende in Brandenburg, die Förderrichtlinien und das Vergabegesetz sowie der Flughafen Berlin-Brandenburg. Ralf Christoffers diskutierte mit den Besuchern unterschiedliche Speichermöglichkeiten und Speicherkapazitäten für Strom, äußerte sich zu der Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und dem Ausstieg aus der Atomenergie. Außerdem erläuterte er die Förderrichtlinien und das Vergabegesetz und verdeutlichte, dass er sich lieber für einen Einstieg mit einer Lohnuntergrenze von acht Euro einsetzt als eine theoretische Debatte über zehn

Euro zu führen. Das schwierigste Thema des Abends war allerdings der Flughafen Berlin-Brandenburg. Während es draußen lautstark donnerte und blitzte, blieben die Gemüter trotz des schwierigen Themas im Saal erstaunlich ruhig. Nachdem der Wirtschaftsminister einfürend betonte, dass er selbst damals nicht für den Standort Schönefeld gestimmt hatte, verdeutlichte er, dass diese damals getroffene Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr umkehrbar sei. Das begründete er ersens damit, dass Brandenburg durch den Bau des Flughafens erheblich besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sei und zweitens damit, dass eine Verschiebung des Flughafens alles andere als ein Imagegewinn für die Region wäre. Deutlich betonte der Minister, dass der Schallschutz erheblich unterschätzt worden war und dass in den letzten Jahren zwischen den Anwohnern und dem Flughafen ein enormer Vertrauensverlust entstanden ist.

Gleichzeitig musste sich auch Ralf Christoffers für seine Entscheidung, gegen das Verwaltungsgerichtsurteil vorzugehen, Kritik anhören. Das Oberverwaltungsgericht hat gefordert, dass keine Überschreitung von 55 dB im Innenraum der Gebäude im Tagschutzgebiet stattfinden darf, während im Planfeststellungsbeschluss eine Überschreitung von weniger als einmal pro Tag vorgeschrieben ist. Minister Christoffers begründete seine Entscheidung, das Urteil anzufechten, vor allem mit einem enormen Werteverlust von vielen Gebäuden, die nicht nachrüstbar seien, und den erheblichen Mehrkosten. Die endgültige Entscheidung muss nun das Gericht treffen. Die Voraussetzungen im Haushalt sind für beide Varianten geschaffen worden. Ralf Christoffers ist überzeugt davon, dass der entstandene Vertrauensverlust wieder geheilt werden kann, durch Flughafen und Politik.

*Stefanie Scharp,
Blankenfelde-Mahlow*

Ein Tag mit Kornelia Wehlan auf der diesjährigen Sommertour

Wie in jedem Jahr ging unsere Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan während der parlamentsfreien Zeit des Landtages wieder auf ihre Sommertour.

Ziele in diesem Jahr waren: Niederer Fläming, Niedergörsdorf, Dahme, Jüterbog und Baruth. Unsere Landtagsabgeordnete war zu Gesprächen mit den Bürgermeistern und dem Amtsdirektor vor Ort verabredet. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die kleinen und großen Sorgen sowie die Zukunftsgestaltung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Eine besondere Erfahrung war für mich die Begleitung der Landtags-

abgeordneten zu einem ihrer Gespräche mit dem Bürgermeister der Stadt Baruth.

Besonders beeindruckt hat mich



K. Wehlan im Gespräch mit David Kaluza, Bürgermeister der Gemeinde Niederer Fläming

die offene und freundliche Atmosphäre des Gespräches. Das hat mir

deutlich gemacht, mit welchen Erwartungen und mit welchem Vertrauen auf die Landtagsabgeordnete der LINKEN zugegangen wurde.

Viele alltägliche Obliegenheiten wurden mit großer Offenheit zur Sprache gebracht. In Baruth umfasste es beispielsweise die Haushaltsaufstellung, den Straßenbau, die Neuan-siedlung eines Unternehmens aus Österreich, Bauen für Senioren oder die Freizeitgestaltung im Schloss-park. All diese Informationen würden von unserer Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan mitgenommen und fließen in ihre Arbeit ein. Das ist für mich bürgernahes Arbeiten.

Erika Kirschner, Luckenwalde

Anlass zum Nachdenken

Mitte Juni 2012 trafen sich politisch Interessierte, um Informationen über die Situation in Rumänien zu erhalten. Dr. Anton Latzo, der das Land aus seiner mehrjährigen Arbeit für SODI genau kennt, wartete mit einer Fülle von Fakten auf.

Zur Zeit berichten die Medien verstärkt über Machtkämpfe zwischen dem sozialdemokratisch orientierten Ministerpräsidenten und dem liberalen Präsidenten. Die politische Situation ist ziemlich unübersichtlich, weil Parteien oft gespalten sind zwischen liberal-konservativ und sozialdemokratisch. So ist der Präsident in die Machtstrukturen der Mafia eingebunden.

Die Sozialdemokraten fühlen sich nicht den sozialen Zielen verpflichtet. Die nationalen Interessen spielen eine untergeordnete Rolle. Das Geld regiert. Das führte dazu, dass Rumänien, das 1989 keine Auslandsschulden hatte (als einziges sozialistisches Land), gegenwärtig mit zehn bis zwölf Milliarden Euro Schulden dasteht. Die Ursache liegt darin, dass die eigene Volkswirtschaft sträflich vernachlässigt, die Industrie abgebaut, Genossenschaften bewusst zerschlagen worden sind, so dass z. T. auf mittelalterliche Art und Weise gewirtschaftet wird. Die Infrastruktur ist weggebrochen, die Bauern produzieren vorrangig für den Eigenbedarf. Der Widerspruch zwischen dem Leben in der Stadt und dem auf dem Lande ist riesig. Im Gesundheitswesen entscheidet das Geld über die Art der Behandlung.

Auf dem Lande herrscht die vierklassige Grundschule vor. Bis 1990 hatte Rumänien ein gut entwickeltes Bildungswesen. An die Eltern stellt die Bildung ihrer Kinder hohe Anforderungen, z. B. den Kauf der teuren Schulbücher, den Transport der Kinder zu den weiterführenden Schulen. Das alte Schulsystem wurde zerschlagen, die Kirche bestimmt die Bildungsinhalte.

Nationale Ressourcen werden kaum für die eigene Wirtschaft genutzt, z. B. Erdöl. Ausländisches Kapital tummelt sich, das gleicht z. T. einem Ausverkauf. 50% der Industrie gehören Ausländern, vor allem Holländern, Deutschen und Österreichern, die 47,84% des ausländischen Kapitals besitzen.

Aufschlussreich fanden wir, dass z. B. Prinz Charles drei Güter in Siebenbürgen besitzt, Prinz Harry sein eigenes Jagdrevier in Rumänien hat.

Die soziale Not trifft vor allem Angehörige von Nationalitäten, die auch noch gegeneinander ausgespielt werden.

Die gegenwärtige Lage hat dazu geführt, dass ca. 3,5 Millionen Rumänen/Jahr im Ausland arbeiten, 80% davon hochqualifizierte Kräfte wie Ärzte oder Ingenieure. In den letzten 20 Jahren hat das Land 2,4 Millionen Einwohner verloren. Das ist der stärkste Bevölkerungsschwund eines ehemals sozialistischen Landes seit der „Wende“. Rumänien hat noch 21 Millionen Einwohner.

Der Tourismus gilt als Quelle für „schnelles Geld“, die Bedingungen, ihn für die Belebung der Wirtschaft zu nutzen, werden immer schlechter. Das Land wird von nationalen und internationalen Geldhaien ausgepresst. Die linken Kräfte sind gespalten, als politische Kraft zerschlagen. Eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht.

Dieser Bildungsabend hat uns alle sehr nachdenklich gestimmt.

Wir Teilnehmer danken vor allem dem Organisator dieser Veranstaltungen, Josef Sagner, dem es seit Jahren immer wieder gelungen ist, in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg kompetente Referenten zu den unterschiedlichsten Themen zu gewinnen.

Ingrid Köbke
Nuth-Urstromtal

Stadtfraktion DIE LINKE. Luckenwalde sagt Danke

526 Vorschläge zum Bürgerhaushalt

Viele Luckenwalder Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit genutzt, sich mit ihren Vorschlägen zum Bürgerhaushalt in die Kommunalpolitik einzubringen und darüber mit zu entscheiden, wofür das Geld zukünftig ausgegeben werden soll.

Die Redaktionskommission, bestehend aus jeweils vier Stadtverordneten und VerwaltungsmitarbeiterInnen, hat in zwei Sitzungen die eingegangenen Vorschläge beraten und für die Abstimmungsphase vorbereitet.

Die meisten Vorschläge betreffen die Bereiche Straßen, Wege und Plätze sowie kulturelle und sportliche Freizeitangebote. So wurden z.B. allein für den Erhalt und die Erhöhung der Attraktivität des Freibades Elsthal 26 Vorschläge unterbreitet.

Um den Luckenwalder Bürgerinnen und Bürgern die Abstimmung zu erleichtern, werden diese Vorschläge auch in bestimmte Themenbereiche gegliedert sein.

Die öffentliche Abstimmung über die Vorschläge wird im Zeitraum vom 28. August bis 16. September stattfinden.

Dazu werden die notwendigen Unterlagen wieder über die „Pelikanpost“ verteilt werden und an den bekannten Stellen wie z.B. im Rathaus zu erhalten sein.

Jeder Bürger hat dann fünf Stimmen zur Verfügung, um seine Favoriten anzukreuzen.

Die Stadtfraktion der Linkspartei bittet alle BürgerInnen der Stadt und insbesondere die Leserinnen und Leser unserer Zeitung sowie deren Angehörige, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Manfred Thier,
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.
in der SVV Luckenwalde



Wir trauern

Wir trauern um

Cornelia Heinrich,

die für DIE LINKE Nuthe-Urstromtal engagiert im Interesse der Bürger in der Gemeindevertretung tätig war.

Wir werden Ihr Andenken bewahren.

Basisorganisation und Fraktion
DIE LINKE Nuthe-Urstromtal

Wir trauern um

Werner Brehmer.

Als MAZ-Journalist hat er zu einer objektiven Berichterstattung beigetragen.

Er wird nicht vergessen.

Regionalverband Teltow-Fläming Süd

Unsere Genossin

Marie Petermann

ist verstorben.

Ihr Leben lang leistete sie ausgezeichnete Arbeit als Erzieherin. Ehre ihrem Andenken.

Regionalverband Teltow-Fläming Süd

Ein Leben für sein Land und für die Partei

Am 04.07.2012 ist unser Genosse Klaus-Joachim Heise nach einem langen, und von Ereignissen vollgestopftem Leben, nach kurzer Krankheit verstorben.

Siebzehnjährig wurde Klaus (Jahrgang 1927) noch als Soldat einberufen und mußte somit blutjung das Elend des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Ende des Krieges kam er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er aber recht schnell zurückkehren konnte. Pazifistisches Gedankengut durch die Kriegsergebnisse geprägt, führ-

ten ihn in die CDU. Schnell merkte er, dass dies nicht seine politische Heimat war, wo er sich dauerhaft für die friedliche Entwicklung des Landes einsetzen konnte, und wurde Mitglied der SED.

In beruflicher Hinsicht kam er nach dem Abschluss eines Wirtschaftsstudiums zu Schalck-Golodkowski. Diese Tätigkeit führte dazu, dass er viele Jahre für seinen Staat im Ausland, besonders in der BRD, tätig war.

Die Wende führte auch im Leben von Klaus zu unvorhergesehener beruflicher Veränderung. Er ging ge-

meinsam mit seinem Sohn erfolgreich in die Selbständigkeit.

Klaus setzte sich mit all seinem politischen Wissen und seinen reichen Erfahrungen für den Aufbau und das Wirken der PDS in Blankenfelde ein. Im Sprecherrat war er wegen seiner konstruktiven und immer sehr kritischen Mitarbeit und Einflussnahme geachtet und anerkannt.

Wir alle werden ihn sehr vermischen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

DIE LINKE. Blankenfelde-Mahlow

Termine

15.08.12 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

16.08.12 15.00 Uhr
Grillnachmittag der Senioren
Jüterboger Straße, Luckenwalde

27.08.2012 18.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde



03.09.12 18.00 Uhr
Beratung BO-Vorsitzende
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

12.09.12 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Ursula Ließ in Jüterbog zum 88. Geburtstag am 11.08.
Annemarie Petratschek in Mahlow zum 87. Geburtstag am 15.08.
Erika Günther in Blankenfelde zum 79. Geburtstag am 18.08.
Christa Schubert in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 20.08.
Lothar Scholz in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 22.08.
Axel Wilske in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 30.08.
Ilse Sachse in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 02.09.
Walter Falke in Am Mellensee zum 84. Geburtstag am 06.09.
Horst Hennig in Niedergörsdorf zum 72. Geburtstag am 07.09.
Annelore Müller in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 10.09.

Gerd Knitter in Ludwigsfelde zum 75. Geburtstag am 21.08.
Kurt Elstermann in Jüterbog zum 90. Geburtstag am 30.08.
Werner Schulze in Luckenwalde zum 85. Geburtstag am 02.09.
Peter Dunkel in Ludwigsfelde zum 70. Geburtstag am 06.09.

Vernünftiges Signal aus Ziegenhals

Wurde in der Juni-Ausgabe des LinksBlick noch befürchtet, dass die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals dem Vergessenwerden preisgegeben wird, meldet nun der ETG-Freundeskreis durchweg positive Nachrichten.

Es wird eine Gedenktafel aufgestellt, die eine Inschrift trägt, die alle Parteien und Organisationen des Aktionsbündnisses befürwortet haben:

„7. Februar 1933

Illegale Tagung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Sporthaus Ziegenhals unter der Leitung ihres Vorsitzenden Ernst Thälmann.

Beginn des organisierten Widerstandes gegen die Herrschaft des Faschismus“. Diese Entscheidung

löst eine besondere Freude bei all denen aus, die den Abriss mit großer Sorge verfolgt haben und die dem ETG-Freundeskreis mit Sympathie zur Seite standen. Auch die internationale Solidarität hat eine wesentliche Rolle gespielt.

Die Einweihungsfeier wird am Sonntag, dem 13. Februar 2013, in Ziegenhals stattfinden.

Eine zweite gute Nachricht: Das Aktionsbündnis erwägt ernsthaft, die Wiedereinrichtung einer Gedenkstätte am authentischen Ort. Eine späte Einsicht, hoffentlich wird sie verwirklicht. Ich werde ein aufmerksamer Beobachter sein.

*Manfred Gustke,
Luckenwalde*

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 18. Juli 2012, der nächsten Ausgabe: 15. August 2012
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

**Eintritt
frei!**
DIE LINKE.